

Rieſer Tageblatt

Drahtseilbahn
Zeitung Bielefeld
Heftpreis 10.
Volljahr 50.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beständige Blatt.

Postfach 1530
Girokonto
Wien Nr. 53.

N. 208.

Mittwoch, 5. September 1928, abends.

81. Jahrg.

Das hierher Angebot erfreut jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauflistung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Gusto-gebühre. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ausgaben für ein Exemplar des Zeitungsbetriebes sind bis 9 Uhr vermittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite Zeitungsbüste 1 Mark 25 Pfennige; die 89 mm breite Flammazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Tag 50% Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt schlägt, wenn der Betrag verfüllt, durch Abzug eingezogen werden muss über bei Auftraggeber in Ronkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Richtige Unterhaltungsbürote. Geplante an "die über". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes des Druckerei, des Dicieranten oder der Geschäftserheitungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Abgeltung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Dangst & Wartlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Sonntagszeitung für Riesa: i. H. St. Leicharder, Riesa; für Neusalza-St. Wilhelm Dittrich, Riesa.

Sie neue Entzste.

Unter uns! Unter uns!

Son unjerner Zeitner vertrieben.
Das Flottenabkommen zwischen London und Paris hat allem Anschein nach doch einen anderen Umfang und eine größere Bedeutung, als man zuerst anzunehmen wagte. Nicht ohne Grund erheben sich amerikanische Stimmen, die über die wahre Ursache und den Zweck des Abkommens Aufklärung fordern. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß durch dieses Abkommen das bis dahin freundschaftliche Verhältnis zwischen Amerika und England getrübt worden ist. Ob es zutrifft, daß neben den inzwischen bekannten Paragrapfen noch Geheimabkommen bestehen, wird nicht so leicht festzustellen sein. jedenfalls vermutet man es, denn andererseits ließe sich die Behauptung, Frankreich und England hätten eine neue Entente geschaffen, nicht rechtfertigen. Es heißt, Frankreich habe sich freie Hand in Europa vorbehalten, also das europäische Festland, um es durch seine Landstreitkraft zu beherrschen, England die ungeschmälerten Interessen zur See, mit einer deutlichen Spur demnach gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Es liegt vorausgelebt, daß diese Nutzmaßung zutrifft, durchaus im Sinne des Abkommens, wenn England sich vom Augenblick an für die Rheinlandfrage überhaupt nicht interessiert, und es Frankreich überläßt, so viel wie möglich Vorteile aus der Rheinlandräumung zu ziehen. Und nicht vor langer Zeit hat England sogar durch den Mund seines Außenministers Chamberlain erklären lassen, eine weitere Aufrechterhaltung der Rheinlandbesetzung sei nicht zu rechtfertigen angeseh'st der politischen Entwicklung und dem nachweisbaren Bemühen Deutschlands, seinen Verpflichtungen in jeder Weise nachzukommen. Man hört sogar recht ernste Töne, die Deutschland zur Fortsetzung der Räumung der Rheinlande ermuntern könnten. Ein plötzlicher Wandel der englischen Politik ist bemerkbar, das englische Desinteresse für alles, was Frankreich auf dem europäischen Kontinent interessiert, findet in der englischen Politik keine Erörterung, man hört weder ein für noch ein gegen. Logischerweise muß man diese neue Einstellung der beiden Länder als die Folge des Flottenabkommens ansehen.

abkommen anziehen.

Der deutsche Reichskanzler Hermann Müller hat mit Frankreich in Genf die angekündigte Aussprache gehabt. Es liegt kein Grund vor, viel auf die optimistischen Stimmen, auf die Melbungen zu geben, daß der Reichskanzler befriedigt sein könne, denn tatsächlich hat sich, gestützt durch das englische Desinteresse, in Frankreich die Forderung herausgebildet, eine Räumung der Rheinländer ohne finanziellen Gegenwert könnte nicht erfolgen. Was auch aus Genf berichtet wird, die Quintessenz der französischen Verbindungen ist die gleiche, die Poincaré angeblich Stresemann gegenüber offenbart haben soll. Es steht unweigerlich fest: Eine Räumung der Rheinländer wird nur gegen Kompensationen erfolgen, denen Deutschland nicht zustimmen kann und deshalb werden die Verhandlungen, die jetzt auch in Genf geführt werden, zunächst ohne Ergebnis bleiben müssen. Stresemann scheint übrigens damit zu rechnen, denn nach den bekannten Dispositionen beabsichtigt er, sofort nach Übernahme seines Amtes in Berlin durch Verhandlungen mit den diplomatischen Vertretern Englands und Frankreichs den Faden weiter zu spinnen, um endlich zum Ziele zu gelangen. Ein guter Kenner Poincarés charakterisierte diesen aus der Juristerei zum Politiker gewordenen französischen Kabinettchef dahin, selbst wenn er den dauerhaften Forderungen auf ein Entgegkommen Frankreichs Rechnung tragen wolle, könne er aus seiner Haut nicht heraus und werde immer in Bezugnahme seines Verständigungswillens die Grundtendenz verfolgen, Frankreich müsse aus einem Entgegkommen — und im französischen Sinne ist die frühere Rheinlandräumung ein Entgegkommen — einen Nutzen erlangen.

Entgegenkommen — einen Ruhm erlangen.
Alles hängt demnach, wie man auch die Frage der
Rheinlandräumung betrachtet, eng zusammen mit dem
neuen englisch-französischen Abkommen. Frankreich sieht
sich auf der einen Seite durch England nicht gedrängt und
bevormundet, auf der anderen Seite hat es durch das Ab-
kommen eine Stellung erlangt, die es im französischen
Sinne gar nicht zuläßt, großzügige Opfer zu bringen.
Wenn die Weltmeinung vielleicht auf Seiten Deutschlands
liegt, so wird noch außen hin Frankreich dieser Stim-
mung Rechnung tragen, was sich auch bei dem umstrittenen
Gutachten Poincarés zur Räumung erkennen läßt,
aber dieses rein stimmungsmäßige Entgegenkommen mit
Bedingungen verbinden, die eben derart schwierig für
Deutschland zu erfüllen sind, daß weder heute noch mor-
gen sich die Partner zum Abschluß eines Räumungs-
abkommens zusammensehen können. Selbst ein englisches
Blatt, der „Manchester Guardian“, gibt zu, vor einigen
Wochen — also damals, als die neue Entente noch nicht
bestanden — hätten berechtigte Hoffnungen vorgelegen, daß
die alliierten Truppen aus dem Rheinland zurückgezogen
wurden, jetzt aber die Franzosen einer solchen Zurück-
ziehung völlig abgeneigt wären. Also auch diese englische
Stimme bringt die Rheinlandräumung eng in Zusammen-
hang mit dem englisch-französischen Flottenabkommen, daß
uns Deutschen gerade so harmlos wären, weil wir nach
allgemeiner Aussäufung durch dieses Abkommen gar nicht
berührt würden. Das erwähnte Blatt spricht sogar berühr-
lich von einem „unwichtigen“ oder „einem Wert für
den Frieden“.

Die Bölfverbundstagung in Genf.

(S e c t . Das Präsidialbüro der Völkerbundversammlung hat sich gestern abend abermals mit dem Antrag auf Abstimmungsweise sofortige Erkennung der Wiederwahlbarkeit Spaniens in den Völkerbundsrat beschäftigt. Die Beratungen galten jedoch nur der Abänderung des Entschließungsentwurfs, der vom Generalsekretariat nach dem am Mittag aufgestellten Richtlinien unterbreitet worden war. Außerdem lehnte das Büro die nächste Vollsitzung der Bundesversammlung endgültig auf Mittwoch vormittags fest, nachdem verschiedene Delegationen sich zum Wort gemeldet haben.

Die Verschiebung des Beginns der Generaldebatte, die gestern nachmittag zur Notwendigkeit geworden war und allgemein einen recht peinlichen Eindruck hinterlassen hatte, war bereits gestern vormittag ernstlich erwogen worden. Anstelle der Vollversammlung sollte der Rat eine Sitzung zur Behandlung des polnisch-litauischen Konfliktes abhalten. Woldemaras ließ jedoch mitteilen, daß die Verhandlungen mit den Mächten, von deren Haltung er seine Stellungnahme abhängig macht, noch nicht ausreichend fortgeschritten seien. Der polnisch-litauische Streitfall bliebe aber noch in dieser Woche im Rat zur Behandlung kommen, da der Berichterstatter, der holländische Außenminister von Blokland, mit den auf Anfang nächster Woche angesetzten Neuwahlen aus dem Rat ausscheidet.

Die Vergangenheit der Generaldebatte in Genf.

D o n d o n . Der Genfer Korrespondent des Daily Telegraph schreibt zur Verdagung der Generaldebatte über den Jahresbericht des Völkerbundes mangels Wortmeldungen: Da haben nun 50 Staaten Delegierte aus allen 4 Ecken der Welt nach Genf entsandt, aber im Augenblick, wo es darum geht, die Arbeit des Völkerbundes zu erörtern, die Fragen von beträgtigem internationalen Interesse umfassend, da scheint nicht ein Mitglied einer Delegation den Wunsch zu haben, seine Ansicht auszudrücken. Dass das ein Gefühl der Verblüffung in den Wandlungen des Secretariats ausgelöst hat, ist kein Wunder. Das Blatt bezeichnet selbst die Debatte in einer Nachdruckschrift als "fiktives Drama".

Gesetz-Beisprechungen.

¶ Genf. Unter den Versprechungen des gestrigen Abends werden am meisten beachtet: eine längere Unterredung zwischen England und dem belgischen Außenminister Ottomans, die dem Rheinlandproblem gegolten haben dürfte, ein Versuch des österreichischen Bundeskanzlers, Monsignore Seipel, bei Lord Eusthenden und eine Versprechung zwischen diesem und dem chinesischen Hauptdelegierten Wangting Yu. Die Versprechung des österreichischen Bundeskanzlers wird vorwiegend mit wirtschaftlichen Fragen Österreichs in Zusammenhang gebracht, während nach der Fühlungsnahme der chinesischen Delegation mit Lord Eusthenden nunmehr bestimmt verlautet, daß England den chinesischen Untergang auf sofortiges Wiederwohl in dem Rat unterstützen wird.

Amerika und die Genfer Verhandlungen.

tu. New York. Die "Evening Post" meldet aus Genf, daß Frankreich mit Deutschland Verhandlungen begonnen habe mit folgendem Ziel: Eine Dollarmilliarde deutscher Eisenbahnbonds werden hauptsächlich in Amerika ausgegeben. Die deutsche Reparationssumme soll festgelegt und gleichzeitig auf die Heraubziehung der alliierten Schulden an Amerika hingearbeitet werden. Dafür könne Deutschland die Räumung der zweiten Zone und außerdem das Versprechen haben, daß die dritte Zone geräumt werde, nachdem Amerika der allgemeinen Reparationschuldenregelung zugestimmt habe. Wenn Amerika ablehne, so bedroht das Blatt, könne ihm dafür der Vorwurf gemacht werden, daß es den europäischen Frieden verzagere. England, in dessen Kreisen man sich über den amerikanischen Widerstand klar sei, werde bei den Verhandlungen vorläufig seine Seite halten. Es würde aber mitmachen, wenn eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich zustandekomme. Die deutsche Regierung wünsche unbedingt die Gefahrräumung, um die Kritik der Locarno- und Völkerbundspolitik befriedigen zu können. Augenblicklich käme es den Franzosen darauf an, in die französische Schuldenpolitik Deutschland hineinzuziehen, was Deutschland in Amerika zweifellos schädigen würde. Amerika würde, so meint das Blatt weiter, sich mit dieser Regelung niemals einverstanden erklären.

Der angebliche Inhalt
des englisch-französischen Flottenabkommen

tu, London. Aus den Indiscretionsen französischer Delegierter in Genf ergibt sich, wie der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph feststellt, ein ziemlich genaues Bild von dem Inhalt des englisch-französischen Abkommen. Es enthält folgende drei Hauptpunkte:

2. Grenzer mit einer geringeren Bestückung als 17-Zentimeter-Geschütze werden von der allgemeinen Abfassung ausgeschlossen.

B. Kleinere Torpedofahrzeuge und andere Hilfsschiffe werden in ein allgemeines Uebungsschema nicht einzbezogen.

Gründung der Generaldebatte im Genf

Ges. (Funkspruch.) In der heutigen Vormittagssitzung der Volkerbundversammlung konnte nach dem vergeblichen Versuch des Präsidenten mit der Generaldebatte begonnen werden, die voraussichtlich die ganze Woche ausfüllen wird. Die Debatte wurde von dem Vorsitzenden der chinesischen Delegation, Wang Kangfu, dem Landrat in Brüssel, eröffnet, dem der holländische Außenminister Beelaerts und der frühere schwedliche Außenminister Under folgten. Der Saal hatte sich nur langsam gefüllt, war aber beim Glöckenzeichen des Präsidenten fast vollständig besetzt. Der englische Dichter Bernard Shaw wohnte auf einem Ehrenplatz zum ersten Male einer Sitzung der Volkerbundversammlung bei.

zung der Völkerbundssversammlung bei.
Der chinesische Hauptdelegierte behandelte noch eine
Vorbildung der Arbeiten des Völkerbundes die Frage der
Zusammenarbeit Chinas mit dem Völkerbund einerseits
und den fremden Staaten andererseits. Er erinnerte an
die sympathischen Worte, die Ratspräsident Procope in
einer Eröffnungsrede an China gerichtet hatte und ver-
sicherter, daß diese Worte in seiner Heimat den besten Ein-
druck hervorrufen, die Kritik beschwichtigen und die intellec-
tuellen Klassen Chinas enger an den Völkerbund anschließen
werden. Die chinesische Regierung habe keinen lebhaften
Wunsch, als an der zielbewußten Friedensarbeit des Völ-
kerbundes immer enger mitzuwirken. Allerdings, so führte
er zum Schluß aus, müssen noch einige Anstrengungen in
unseren wirtschaftlichen Beziehungen mit gewissen ausländi-
schen Mächten erfolgen. Die Schwierigkeiten, um die es
sich hierbei handelt, werden aber bei gutem Willen leicht zu
überwinden sein. Die westlichen Länder werden in China
ein ungeheuerliches Tätigkeitsfeld finden. Ich bleibe da
mit überzeugt, daß auf dem Wege über den Völkerbund
zwischen dem fernen Osten und dem Abendland ein Pode-
rum der Verständigung und Zusammenarbeit gefunden werde-
 kann.

Die Beschwerde des Deutschen Volksbundes vor dem Völkerbund.

zu. Ganz. Der Deutsche Volksbund in Oberschlesien hatte bereits im Juni d. J. an den Völkerbundsrat eine Beschwerde über die öffentliche Unsicherheit in Oberschlesien eingereicht. Der Rat wird sich voraussichtlich in der nächsten Zeit mit dieser Beschwerde beschäftigen. In der Beschwerde wird darauf hingewiesen, daß schwere Straftaten und Handlungen gegen die deutsche Minderheit in Oberschlesien ungestraft geblieben wären oder eine nur ungenügendes Strafmaß fänden. Die Täter würden in den seltensten Fällen ermittelt. Das Versagen der Sicherheitsbehörde reize gerade zu Ausschreitungen gegen die Deutschen. Das Element der öffentlichen Unsicherheit sei der Verband der Luftständchen. Dieser Verband genießt die weitgehende Unterstützung der Behörden. Der Deutsche Volksbund hat seiner dem Rat ein Verzeichnis von 75 Fällen eingereicht, die u. a. umfassen: 18 Sprengstoffattentate, 18 gewaltsame Sprengungen deutscher Versammlungen, 80 Fälle schwerer Körperverlegerungen (meist Bandenüberfälle), 5 Überfälle unter Verwendung von Schußwaffen. Dieses Verzeichnis stellt nur einen Ausschnitt aus den tatsächlichen Vorkommen dar.

Die Ersatzwahl zum Internationalen Gerichtshof.

Genf. (Funkspruch.) In der Frage der Er schwä b
die das zurückgetretene amerikanische Mitglied im ständige
Internationalen Gerichtshof im Haag, Moore, ist bekannt
lich von der großen Mehrzahl der nationalen Gruppen der
alten Haager Schiedsgerichtshofes der frühere amerikanische
Staatssekretär Hughes vorgeschlagen worden. Unter Hin
weis auf diesen Umstand hat der kanadische Minister
präsident Mackenzie King in einem Schreiben an den
Generalsekretär des Weltpfandes die von der kanadischen
Gruppe aufgestellten beiden Kandidaten zurückgezogen.
Auch Rumänien hat mitgeteilt, daß es seine Kandidaten
nicht berücksichtigt, da es der Ansicht sei, daß zum Nachfolger
Moore entweder eine amerikanische oder eine deut
sche Persönlichkeit gewählt werden soll.